

**Positionspapier des Deutschen Franchise-Verbandes e.V.
zur Förderung des Existenzgründungsgeschehens
in Deutschland**

Der Deutsche Franchise-Verband e.V. vertritt die Interessen der deutschen Franchisewirtschaft im nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Umfeld. 2012 erwirtschafteten rund 1.000 Franchisegeber, gemeinsam mit mehr als 72.700 Franchisenehmern und ca. 546.200 Mitarbeitern etwa 61,2 Milliarden Euro Umsatz.

Existenzgründungen sind wichtig: Sie stärken die mittelständische Wirtschaft, schaffen neue Arbeitsplätze, tragen zum innovativen Fortschritt bei und sorgen dafür, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv bleibt. Hier macht das Franchising keine Ausnahme, denn auch Franchise-Unternehmen und Mitglieder des DFV wachsen mit Existenzgründern. Eine vom DFV in Auftrag gegebene Studie beim F&C Institut an der WWU Münster „Franchising - Erfolgsgarant für Unternehmensgründungen?“ belegt, dass Franchisegründer im Durchschnitt nach einem Jahr noch zu 94 Prozent aktiv sind; bei unabhängigen Gründungen haben sich dagegen etwa 85 Prozent der Unternehmer behauptet. Zwei Jahre nach der Gründung existieren noch 90 Prozent der Franchisenehmer und 75 Prozent der "allgemeinen Existenzgründer" (KfW-Gründungsmonitor 2011). Im dritten Jahr sind noch 83 Prozent der Franchise-Unternehmer aktiv und 68 Prozent der übrigen Selbstständigen. Und trotz der, explizit in der Franchisewirtschaft, positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren sind die Rahmenbedingungen für den Weg in die Selbstständigkeit für alle Gründungsinteressierten nicht optimal. Dies spiegeln auch die Ergebnisse der bis Mitte Oktober 2013 gelaufenen DFV-Umfrage zum „Existenzgründungsgeschehen in Deutschland“ wider. Aufgrund der Umfrageergebnisse sowie genereller Erfahrungswerte hat der DFV daher folgende Forderungen für die Politik

formuliert, die das Gründerklima und das Existenzgründungsgeschehen in Deutschland nachhaltig verbessern sollen:

1. Eine langfristige Strategie über eine Legislaturperiode hinaus

Existenzgründungen sind losgelöst von Wahlprogrammen wichtig. Dies zeigt auch die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD Fraktion im Deutschen Bundestag im September 2013 (Drucksache 17/14675). Daraus ergibt sich, dass sich die Entwicklung der Gründerkultur in Deutschland nur in längeren Zeiträumen betrachten lässt und entsprechende Maßnahmen zur Förderung des Existenzgründungsgeschehens auch erst nach einer gewissen Dauer ihre Wirksamkeit entfalten. Daher sollte eine überparteiliche Strategie entwickelt werden, die von allen verantwortlichen Institutionen gemeinsam vorangetrieben wird. Ziel dieses „nationalen Aktionsplans“ sollte sein, der Gesellschaft langfristig und nachhaltig die Vorteile und den Nutzen von Existenzgründungen zu vermitteln. Dabei sind Fakten genauso entscheidend wie Erfolgsbeispiele.

2. Wirtschaftsfreundlichere Politik des Bundesarbeitsministeriums

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fühlt sich qua Amt den Arbeitnehmern verpflichtet. Das ist gut und richtig – führt allerdings dazu, dass der Arbeitsmarkt überwiegend von dieser einen Seite betrachtet wird. Ohne Arbeitgeber und Existenzgründer gäbe es keinen Arbeitsmarkt. Nur die beiden Gruppen zusammen ergeben eine funktionierende Einheit. Das Ministerium sollte daher eine ausgewogene Wirtschaftspolitik zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie auch Existenzgründern betreiben. Der Gründungszuschuss spielt eine zentrale Rolle bei Existenzgründungen und sollte hinsichtlich der finanziellen Ausstattung und des Vorgangs der Bewilligung effizienter ausgestaltet werden. Die Änderung beim Gründungszuschuss im SGB III hatte zur Folge, dass die Bewilligungen von Fördermaßnahmen massiv eingebrochen - von 133.819 im Jahr 2011 auf 20.321 im Jahr 2012 - sind (siehe Antwort auf die Frage 3 der Kleinen Anfrage der SPD Bundestagsfraktion). Weiterhin fühlen sich laut Umfrageergebnis des DFV 87 Prozent der Existenzgründer bzw. Gründungsinteressenten bei ihren Vorhaben nicht ausreichend von Arbeitsagenturen unterstützt. Dringender Handlungsbedarf bzw. eine Reform

der Förderbedingungen beim SGB III Gründungszuschuss sind daher notwendig.

3. Fördernde Kompetenzzentren in den Arbeitsagenturen einrichten

Die Arbeitsagenturen bieten zwar Existenzgründungsberatungen an, ihre Leistung wird allerdings von einer überwiegenden Mehrheit als negativ betrachtet. Gründungsinteressenten aus der Arbeitslosigkeit benötigen eine eigene Lobby – und zwar dort, wo sie betreut werden: in den Arbeitsagenturen. Daher sollten fördernde und vor allem unabhängige Kompetenzzentren in den Arbeitsagenturen eingerichtet werden.

4. Stärkung von Forschung und Entwicklung

Steuerliche Forschungsförderung ist ein adäquates Mittel, um neugegründete und innovative Unternehmen zu unterstützen. Die Bundesregierung teilt diese Ansicht - Antwort der Bundesregierung in der Frage 12 der Kleinen Anfrage der SPD Bundestagsfraktion - stellt aber diese Maßnahme unter Vorbehalt, mit Begründung der Berücksichtigung des haushälterischen Konsolidierungskurses. Doch gerade bei jungen Unternehmen ist das Problem oft darin zu sehen, dass diese keine finanziellen Rücklagen bilden können und gerade in der Startphase einer besonderen „Schutzbedürftigkeit“ unterliegen. Innovation ist mit „Betreten von Neuland“ und dadurch mit einem hohen unternehmerischen Risiko verbunden. Jedoch erst das Streben nach Innovation stärkt die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und mindert die Gefahr des wirtschaftlichen Scheiterns. Daher sollte die zukünftige Bundesregierung steuerliche Anreize schaffen, um Forschung und Entwicklung zu fördern.

5. Mehr Transparenz und Nachhaltigkeit durch Bürokratieabbau

Beim Thema Bürokratie gilt generell: weniger ist mehr. Bei Unternehmensgründungen sollten die Ideen der Gründer im Vordergrund stehen und nicht die Amtswege. Daher muss eine Existenzgründung leicht(er) gemacht werden: Der verwaltungstechnische Aufwand gehört mit wenigen und nachvollziehbaren Formularen auf das Nötigste reduziert. Mehr Transparenz ist das Ergebnis, die zusätzlich motivationsfördernd wirkt.

6. Existenzgründer aus dem Ausland gewinnen

Deutschland profitiert bereits von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland. Ihnen hat die Politik einen leichteren Zugang auf dem deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht. Diese Förderung brauchen wir auch für Gründungsinteressierte aus dem Ausland. Wichtig sollten Engagement, Durchsetzungsvermögen, Idealismus und Unternehmergeist sein und nicht die Nationalität. Eine gezielte Ansprache und Unterstützung dieser Zielgruppe sollte daher vorangetrieben werden, um den zentralen Gedanken von Europa von „Gemeinschaft“ vor der eigenen Haustür zu (er)leben.

7. Effiziente Nutzung der bestehenden Fördermöglichkeiten

Der DFV fordert *keine* Aufstockung der finanziellen Fördermittel. Viel wichtiger ist eine effiziente (Aus-)Nutzung der bestehenden Fördermittel. Die aktuelle Vergabepolitik, beispielweise beim Gründerzuschuss, spricht immer noch zu oft gegen eine effektive Förderung von Gründungsinteressierten.

8. Universelle Datenbank mit allen Förderprogrammen

Existenzgründer benötigen gute Geschäftsideen und finanzielle Mittel. Letztere sind nicht zuletzt aus einer Vielzahl von Förderprogrammen zu beziehen, die von verschiedenen Einrichtungen auf unterschiedlichsten Plattformen vorgestellt werden. Um die Transparenz und Informationsqualität zu erhöhen, sollte eine zentrale Stelle eingerichtet werden, die über alle Möglichkeiten von Bund, Ländern, Kommunen und anderen Einrichtungen, umfassend und nachvollziehbar informiert. Diese Forderung wird flankiert und bekräftigt durch das Ergebnis der Umfrage des DFV – danach fühlen sich 89 Prozent der Befragten nicht ausreichend über alle finanziellen Fördermöglichkeiten für Existenzgründungen übersichtlich und transparent informiert.

9. „One-Stop-Shop“ – Eine Einrichtung für alle Formalitäten

Klare Strukturen und eindeutige Ansprechpartner erhöhen die Transparenz auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Die Industrie- und Handelskammern kümmern sich tagtäglich um Existenzgründer. Sie kennen die regionalen Strukturen und bieten als Service-Dienstleister eine optimale Unterstützung. Sie sollten als „One-Stop-Shop“ die zentrale und alleinige Anlaufstelle für Existenzgründer sein. Der Bund sollte diese Konsolidierung unterstützen und einen Schwerpunkt in der Ausrichtung der Förderungspolitik darauf richten.

10. Existenzgründern eine emotionale Lobby schaffen

Die Gründerkultur in Deutschland mit seinen Existenzgründern benötigt eine emotionale Lobby: Zahlen, Daten und Fakten sind wichtig zur Vermittlung der volkswirtschaftlichen Vorteile von Existenzgründungen. Sie erreichen den Kopf – aber nicht immer das Herz. Dies beweisen auch die Antworten auf die Frage des DFV nach der tendenziellen Einstellung zu Existenzgründungsvorhaben im sozialen Umfeld. Das Ergebnis ist ambivalent: über ein Drittel der Befragten beschreibt die Einstellung als negativ, ein weiteres Drittel steht der Frage zurückhaltend und kritisch gegenüber. Daher ist es wichtig, die jeweilige Person hinter dem Existenzgründer in den Vordergrund zu stellen und als gesellschaftliches Vorbild wahrzunehmen. Auf diese Weise erhalten Existenzgründer gerade aus dem eigenen sozialen Umfeld eine stärkere ideelle und geistig-mentale Unterstützung auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit. Eine Voraussetzung, die für den Aufbau eines Unternehmens mindestens genauso wichtig ist wie die Geschäftsidee.

11. Mehr Akzeptanz für eine „2. Chance für Existenzgründer“

Wer mit einer Geschäftsidee gescheitert ist, muss sich oftmals zusätzlich mit Vorurteilen seitens der Gesellschaft aber auch von Banken und Behörden auseinandersetzen. Dabei sind die Gründe für ein Scheitern vielfältig und die Verantwortung liegt nicht immer allein beim Unternehmensgründer. Der Umgang mit Fehlern und dem Scheitern muss daher überdacht werden: Existenzgründer, die einen zweiten Anlauf planen, da ihnen der Erfolg beim ersten Versuch verwehrt blieb, haben aufgrund ihrer Erfahrungen und ungebrochenen Motivation sowie ihres Tatendrangs von der Gesellschaft und

den verantwortlichen Institutionen eine zweite Chance und die damit verbundene vorbehaltlose Unterstützung verdient.

12. Durch Bildung unternehmerische Kultur in Deutschland fördern

Existenzgründungen begünstigen den Fortschritt, schaffen Arbeitsplätze, beschleunigen den Strukturwandel und sichern die Wettbewerbsfähigkeit. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sollte dem Gründungsgeschehen und der unternehmerischen Kultur in Deutschland Impulse bereits an Bildungseinrichtungen geben, um den Unternehmergeist bei gerade jungen Menschen zu wecken. Der DFV befürwortet in diesem Zusammenhang die Initiative "Gründerland Deutschland" des BMWi und den Aktionsplan der EU-Kommission „Unternehmertum 2020“. Doch die Arbeit im Bereich unternehmerische Bildung muss für die Zukunft weiter intensiviert werden. Mit zusätzlichen Projekten und Bundesfördermitteln sollte unternehmerisches Denken und Handeln in die Schulen getragen werden. In diesem Zusammenhang sollten nicht nur über die Chancen und Risiken aufgeklärt werden, welche der Weg in die Selbstständigkeit mit sich bringen. Ein weiterer zu vermittelnder Ansatz sollte auf die Frage Antwort geben: Welche verschiedene Möglichkeiten bestehen für den Einstieg in das Unternehmertum? Die Antwort kann unterschiedliche Ansätze beinhalten – bspw. die Gründung eines Startup Unternehmens, das Zusammenführen von potenziellen Übergebern oder Übernehmern eines Betriebes sowie aber auch die Aussicht sich einem markterprobten Geschäftskonzept mit vermindertem unternehmerischen Risiko anzuschließen, in diesem Fall das Franchising.